

Kurzprotokoll Nr. 3 vom 27. Juni 2012 (ganztägige Sitzung)

Vorsitz	Ulrich Müller, Grossratspräsident, Weinfelden
Anwesend	120 Mitglieder Vormittag 109 Mitglieder Nachmittag
Ort	Rathaus Frauenfeld

- 1. Kantonsbürgerrechtsgesuche** (12/EB 1/23). Der Rat heisst das Kantonsbürgerrechtsgesuch einer Schweizer Familie gut. Ebenso finden die 81 Gesuche von Ausländerinnen und Ausländern die Zustimmung des Rates.
- 2. Gesetz betreffend die Änderung des Gesetzes über die Familienzulagen vom 10. September 2008** (08/GE 30/405) (Eintreten, 1. Lesung). Mit Datum vom 7. Februar 2012 unterbreitet der Regierungsrat dem Grossen Rat Botschaft und Entwurf zum Gesetz betreffend die Änderung des Gesetzes über die Familienzulagen. Eintreten ist unbestritten. In der 1. Lesung erfährt die Vorlage keine Änderungen. Die 2. Lesung erfolgt an der nächsten Ratssitzung.
- 3. Geschäftsbericht 2011, umfassend den Rechenschaftsbericht des Regierungsrates und die Staatsrechnung, sowie Tätigkeitsbericht 2011 des Datenschutzbeauftragten** (08/BS 53/420) (Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung). Eintreten auf den Geschäftsbericht ist obligatorisch. Im Rahmen der Detailberatung werden verschiedene Themen angesprochen. Der Geschäftsbericht 2011, umfassend den Rechenschaftsbericht des Regierungsrates und die Staatsrechnung 2011, die aus der Laufenden Rechnung, der Investitionsrechnung sowie der Bestandesrechnung per 31. Dezember 2011 besteht, wird vom Rat genehmigt. Ebenso genehmigt er die Verwendung des Ertragsüberschusses von Fr. 28'136'035 gemäss Beschlussesentwurf der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission. Vom Tätigkeitsbericht 2011 des Datenschutzbeauftragten wird Kenntnis genommen. Der Rat stimmt dem Beschlussesentwurf mit 118:0 Stimmen zu.
- 4. Parlamentarische Initiative von Hanspeter Gantenbein, Hermann Lei und Urs Martin vom 17. August 2011 "Konsequente Rückforderung der unentgeltlichen Prozessführung"** (08/PI 6/373) (Eintreten, 1. Lesung). Der Rat hat der Parlamentarischen Initiative am 23. November 2011 die vorläufige Unterstützung gewährt. Eintreten auf die von der vorberatenden Kommission vorgeschlagenen Änderungen des Gesetzes über die Zivil- und Strafrechtspflege sowie des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege ist bestritten, wird aber mit 91:10 Stimmen beschlossen. In der 1. Lesung erfährt die Vorlage keine Änderungen. Die 2. Lesung erfolgt an der nächsten Ratssitzung.

5. **Motion von Peter Gubser und Silvia Schwyter vom 11. Mai 2011 "Schaffung einer Ombudsstelle"** (08/MO 45/349) (Beantwortung, Diskussion, Beschlussfassung). Der Regierungsrat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären. Nach Diskussion im Rat wird die Motion mit 75:33 Stimmen nicht erheblich erklärt.

6. **Motion von Hanspeter Gantenbein, Werner Indergand und Verena Herzog vom 29. Juni 2011 "Sicherstellung der Mundartsprache im Kindergarten"** (08/MO 49/365) (Beantwortung, Diskussion, Beschlussfassung). Der Regierungsrat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären. Nach Diskussion im Rat wird die Motion mit 67:29 Stimmen nicht erheblich erklärt.

Parlamentdienste des Kantons Thurgau

Zur Veröffentlichung

- im Amtsblatt
- auf Internet <http://www.tg.ch/parlament>